



## Antrag

Fraktion AfD

### **Illegalen Müllentsorgungen vorbeugen und diese konsequent ahnden**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie eine Sonderarbeitsgruppe einzurichten, die aus Abfallexperten, Pädagogen, Kriminalisten und einem Staatsanwalt besteht, um den Landkreisen und Kommunen bei der Ermittlung und Ahndung von illegalen Müllablagerungen schnell und fachkundig Unterstützung anbieten zu können. Die Sonderarbeitsgruppe „Prävention und Beseitigung illegaler Müllentsorgung“ soll zudem folgende Aufgaben wahrnehmen:
  - a) Es ist eine einheitliche Erfassungsgrundlage mit entsprechender statistischer Auswertung zu entwickeln, mit deren Hilfe die Unteren Abfallbehörden in der Lage sind, illegale Müllablagerungen schnell und unbürokratisch zu erfassen, zu bearbeiten, zu ahnden und auszuwerten.
  - b) An Schulen, Universitäten sowie in Betrieben, Organisationen und Vereinen sind präventive Veranstaltungen durchzuführen, die einerseits Probleme thematisieren, die zum Boykott und zur Ablehnung des Müllentsorgungssystems führen, und andererseits auf die Folgen und Gefahren hinzuweisen, die von nicht fachgerecht entsorgten Abfällen und Müll in der Landschaft ausgehen.
  - c) Aus den Ergebnissen und Erfahrungen soll jährlich ein Bericht über Dimension, Kosten und Folgen illegaler Müllentsorgungen zusammengestellt werden. Über die Erfolge bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten und Straftaten ist zu berichten und basierend auf den Erkenntnissen der Präventionsveranstaltungen sind Verbesserungsvorschläge für die kommunale Müllentsorgung zu erarbeiten.

2. Bei der Haushaltsplanung für den Doppelhaushalt 2020/2021 Finanzmittel von mindestens eine Million Euro jährlich bereitzustellen, um die Arbeit der Sonderarbeitsgruppe sowie die Kommunen bei der Detektion, Beräumung und Entsorgung von illegal abgelagertem Müll auf kommunalen Flächen sowie bei der Ermittlung der Verursacher zu unterstützen.

## **Begründung**

Es ist ein unrühmliches Aushängeschild für das Land Sachsen-Anhalt und stellt zudem eine Gefahr für Menschen, Tiere und Umwelt dar - illegal entsorgter Müll aller Art. Er liegt überall verstreut in der Landschaft und findet sich dort, wo ihn verantwortungslose Zeitgenossen abladen und verschwinden lassen. Die Detektion, die Beräumung, die Entsorgung und die Ermittlung der Verursacher kosten Steuergelder, die für andere Bereiche dringend benötigt würden.

Die Drucksache 7/3938 bringt es an den Tag: Von 2014 bis 2018 wurden durchschnittlich je Landkreis 19.527 Tonnen Müll in Form von Autos, deren Teilen und Reifen, Asbest, Abbruch- und Bauabfällen, Bauschutt, Baustellenabfällen, Altholz, Chemikalien, Dachpappen, Dämmmaterial, Elektrogeräten, Farben, gefährlichen Abfällen, kompostierbaren Abfällen, Lacken, Lösemitteln, Ölen, Siedlungsabfällen, Sperrmüll, Steinen, Teerpappen - also einer illustren Liste an Müll - entsorgt, der offenbar mit wachsender Akribie und Beliebtheit an den Straßen, in Wäldern, auf Parkplätzen sowie mannigfaltigen anderen Orten unserer Landschaft abgeladen und versteckt wird.

Für die Kosten der Beräumung und Beseitigung dieses illegal entsorgten Mülls müssen in Sachsen-Anhalt die Kommunen geradestehen. Von 2014 bis 2018 - also innerhalb von vier Jahren - waren das 4.897.384 Euro an Steuergeldern, die unsere Kommunen aufgrund der Bequemlichkeit, Ignoranz und Unvernunft einiger weniger Mitbürger aufbringen mussten.

Dazu kommen noch die Kosten für die Ermittlung der illegalen Entsorger, die nur der Landkreis Mansfeld-Südharz überhaupt beziffern konnte, das waren noch zusätzlich 108.822 Euro.

Ermittelt wurden 3.524 Verursacher (2014 bis 2018), die illegal Müll entsorgten. Jeder dieser Täter entsorgte durchschnittlich 5,5 Tonnen Müll und verursachte mithin einen Schaden von 1.390 Euro. Demgegenüber wurden allerdings nur 1.614 Ordnungswidrigkeitsverfahren und acht Strafverfahren gegen illegale Müllentsorger eingeleitet. Alle errechneten und benannten Zahlen basieren auf dem unvollständigen und zum Teil fragmentarischen Datenmaterial, das seitens der Unteren Abfallbehörden und Kommunen erfasst wurde, oder teilweise - in einigen Landkreisen - auch nicht (vgl. Drs. 7/3938).

Unabhängig von den Kosten kann umherliegender Müll kein Aushängeschild eines Landes sein, dass sich der Losung „Modern denken“ verschreibt. Zudem birgt die Vielfalt der Abfälle und des Mülls auch mannigfaltige Gefahren. Chemikalien kontaminieren Boden und Grundwasser, kompostierbare Abfälle enthalten oft Samen und Wurzeln invasiver Arten und sorgen so bereits für deren Weiterverbreitung, bis die

Abfälle überhaupt entdeckt werden. Siedlungsabfälle können Tierseuchen verbreiten und Tiere aller Art sind generell verletzungsgefährdet oder kommen auf qualvolle Art und Weise zu Tode.

Dieses Szenario kann und muss so nicht weitergehen, wenn die Verursacher konsequent ermittelt und zur Verantwortung gezogen werden. Es muss wieder Klarheit herrschen, dass Müll in die entsprechenden Abfalleinrichtungen gehört und nicht in die Landschaft. Wer dessen nicht willig ist oder dies nicht begreifen will, muss dafür auch mit den entsprechenden Konsequenzen rechnen.

Oliver Kirchner  
Fraktionsvorsitzender